Bebauungsplan Nr. 288 der Stadt Eschweiler - Windpark nördlich Fronhoven -

Stellungnahme der Verwaltung zu den Stellungnahmen der Öffentlichkeit

Nr.	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
1	REA GmbH Management, Düren, Rechtsanwaltskanzlei Arnecke Sibeth München, Schreiben vom 23.09.2015, 22.12.2015 und 25.04.2016		
1.1	<p>Vorbemerkung Die REA GmbH beabsichtigt, in der geplanten Windkonzentrationszone bei Eschweiler Fronhoven mindestens vier Windenergieanlagen umzusetzen. Die geplanten Windenergieanlagen sollen als direkte Bürgerwindenergieanlagen den Bürgern vor Ort zu Gute kommen.</p>		Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
1.2	<p>Einschränkung bestehender Planungsrechte Die Einwendungsführerin wird durch den ausgelegten Entwurf des Bebauungsplans Nr. 288 der Stadt Eschweiler in ihrer Baufreiheit und damit in ihrem Eigentumsgrundrecht gemäß Art. 14 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) betroffen, welches in der Planung nicht rechtlich hinreichend berücksichtigt wird. Im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung nach § 1 Abs.7 des Baugesetzbuchs (BauGB) sind alle privaten Belange zu berücksichtigen, die in der konkreten Planungssituation einen städtebaulich relevanten Bezug aufweisen. Zu diesen privaten Belangen gehört auch das Interesse einer Gesellschaft zur Entwicklung regenerativer Energieprojekte an der Nutzung der Windenergie im Plangebiet. Die Einwendungsführerinnen haben die ihrer Planung zugrunde liegenden Flächen zivilrechtlich zur alleinigen Nutzung gesichert. Zudem sind Windenergieanlagen auf diesen Flächen gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB bauplanungsrechtlich privilegiert. Bereits jetzt wäre die Errichtung der Windenergieanlage daher bauplanungsrechtlich zulässig und eine Verwirklichung des Vorhabens möglich. Der derzeit gültige Flächennutzungsplan stellt keine wirksamen Konzentrationszonen dar und hat demzufolge keine Ausschlusswirkung. Nach der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes, die noch nicht wirksam ist, liegen die geplanten Windenergieanlagen der Einwenderin im Bereich der ausgewiesenen Windkonzentrationszone, so dass - unabhängig von der Wirksamkeit</p>	<p>Die Stadt Eschweiler hatte bereits mit der 57. Änderung zum FNP 1980 und letztendlich auch bei der Aufstellung des FNP 2009 zwei Vorranggebiete für Windenergieanlagen dargestellt, die eine Ausschlusswirkung für WEA an anderer Stelle im Stadtgebiet haben. Die 2. Änderung des Flächennutzungsplans 2009 - genehmigt am 08.01.2016, öffentlich bekanntgemacht im Amtsblatt der Stadt Eschweiler am 28.01.2016 - stellt nunmehr 4 Konzentrationszonen dar. § 35 Absatz 3 Satz 3 BauGB ermächtigt die Gemeinden, Konzentrationszonen für Windenergieanlagen im Flächennutzungsplan auszuweisen, mit dem Ergebnis, dass Windenergieanlagen außerhalb dieser Konzentrationszonen dann nicht mehr privilegiert zulässig wären. Auch innerhalb der ausgewiesenen Konzentrationszone kann die Gemeinde im Wege der Feinsteuerung die konkreten Anlagenstandorte bestimmen. Der vorliegende Bebauungsplan nimmt eine Feinsteuerung dahingehend vor, dass er die Anlagenstandorte in Form von engen Baufenstern festlegt und Festsetzungen zu Höhen- und Lärmbeschränkungen trifft. Diese Konkretisierung mit Hilfe eines Bebauungsplanes ist zulässig, auch wenn sie bestehende Baurechte beschränkt. Die Gemeinde gewichtet im vorliegenden Fall die öffentlichen Belange des Immissionsschutzes und Landschaftsbildes wie auch die Wirtschaftlichkeit des Windparks höher als die privaten Belange einzelner Eigentümer, deren Baurechte eingeschränkt werden. Die konkrete Planung der Einwenderin ist nicht unberücksichtigt geblieben,</p>	Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.

Nr.	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
	<p>des vorangegangenen Flächennutzungsplanes 2009 - Baurecht besteht. Dieses Baurecht würde durch den geplanten Bebauungsplan 288 vollständig entzogen.</p>	<p>eine Verletzung ihrer Eigentumsbelange ist nicht zu erkennen. Nach der Rechtsprechung ergibt sich die Pflicht, im Falle der Geltendmachung eines eigenen Nutzungsinteresses der Windenergie im Plangebiet die ins Auge gefassten Standorte zu ermitteln bzw. jedenfalls das Nutzungsinteresse in die Abwägung einzustellen (OVG Greifswald, Beschluss vom 28.03.2008-3 M 188/07, BauR 2008, 1562). Art. 14 Abs. 1 GG schützt nicht die einträglichste Nutzung des Grundeigentums. Ein Grundeigentümer muss es grundsätzlich hinnehmen, dass ihm eine möglicherweise rentablere Nutzung seines Grundstücks verwehrt wird (BVerwG, Urteil vom 13.03.2003-4 C 4.02, BVerwGE 118, 33 (37)). Das Nutzungsinteresse muss dann als privater Belang mit gesteigertem Gewicht in die Abwägung eingestellt werden, wenn dem Plangeber bekannt oder erkennbar ist, dass das konkrete Nutzungsinteresse, das in einem Genehmigungsantrag oder Dispositionen zur Errichtung einer WEA seinen Niederschlag gefunden hat, durch die Planung vollständig entwertet wird (OVG Magdeburg, Urteil vom 01.12.2011-2 L 171/09, juris Rn. 58; OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 17.12.2010-2 A 1.09, juris Rn. 40).</p> <p>Dem wird der Bebauungsplan gerecht. Die Stadt Eschweiler hat die Planung der Einwenderin mit ihren vier Anlagenstandorten zur Kenntnis genommen und geprüft, ob sie zusätzlich als Baufenster festgesetzt werden können. Dies ist ohne eine Verletzung der Planungsziele (u.a. Schutz der Wohnbevölkerung in Fronhoven) nicht der Fall. Die Stadt hat ferner geprüft, ob die vier Anlagenstandorte günstiger sind als die bislang geplanten neun Anlagenstandorte. Im Vergleich hat sich herausgestellt, dass dies ebenfalls nicht der Fall ist. Schließlich ist geprüft worden, ob nicht die konkreten Anlagenstandorte so verändert werden können, dass sie geeignet wären. Auch dies ist nicht der Fall. Auf die Anlage „4.5. Variantenprüfung“ zum Bebauungsplan wird verwiesen. Abwägungsfehler sind nicht ersichtlich.</p>	
1.3	<p>Fehlende Erforderlichkeit Feinsteuerung der Vorgaben der Flächennutzungsplanung bedeutet, dass die Stadt Eschweiler innerhalb der Windkonzentrationszone auch die Standorte der einzelnen Anlagen - nach rechtmäßiger Abwägung aller Belange und Berücksichtigung aller Besonderheiten im Einzelfall - festlegen darf. Diese Feinsteuerung bezieht sich aber auf das gesamte Gebiet der Windkonzentrationszone, also gerade auch auf die durch die Einwendungsführe-</p>	<p>Ziel des Bebauungsplanes ist es, im Sinne der Feinsteuerung möglichst wenige aber leistungsstarke Anlagen in möglichst großer Entfernung zur Ortslage Fronhoven zu realisieren. In diesem Sinne erfolgte die Festlegung der Baufelder. Dass die Konzentrationszone aus dem Flächennutzungsplan dadurch eingeschränkt wird, wird zu Gunsten einer wirtschaftlichen sowie lärm- und landschaftsbildverträglichen Planung hingenommen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.</p>

Nr.	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor- schlag
	<p>rinnen gesicherten Flächen, nicht nur auf einen Bruchteil des im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Gebiets.</p> <p>Die Einwendungsführerinnen haben der Stadt Eschweiler ihre Planung für die Gebiete, auf denen eine Standortausweisung noch nicht erfolgt ist, bekannt gegeben. Dadurch ermöglichen sie es der Stadt Eschweiler, auch für die noch offenen Gebiete eine Standortzuweisung durchzuführen.</p> <p>Die Nutzung der Windkraft würde durch diese Planung nicht gefördert, sondern entgegen dem eigenen Planungszweck sogar geschädigt werden, weil mindestens vier Baurechte entfallen.</p> <p>Für die Planung fehlt es an der städtebaulichen Erforderlichkeit. Nicht erforderlich sind Bebauungspläne, soweit sie sich in Negativ- oder Verhinderungsplanungen erschöpfen. So sind beispielsweise Festsetzungen von Flächen für die Landwirtschaft unzulässig, wenn dadurch nicht vorrangig die Landwirtschaft gefördert, sondern nur andere Nutzungen verhindert werden sollen.</p> <p>Die Stadt Eschweiler betreibt eine Verhinderungsplanung. Die Planung fördert nicht die Windenergie, sondern reduziert massiv bereits nach § 35 BauGB bestehendes Baurecht für Windenergieanlagen. Sie nimmt keine Feinsteuerung innerhalb der Konzentrationszone vor, sondern untersagt auf mehr als 50% der Fläche der Konzentrationszone die Windenergienutzung.</p> <p>Die Erweiterung des Sondergebietes von bisher weniger als 50% der Fläche der Konzentrationszone auf nunmehr 100% läuft inhaltlich völlig leer, denn Windenergieanlagen dürfen nur in den ausgewiesenen Baufeldern errichtet werden. Auf den Flächen der REA wurden aber trotz Erweiterung des Sondergebietes keine zusätzlichen Baufenster ausgewiesen, obwohl dies möglich gewesen wäre.</p>	<p>Die Stadt hat zur Festlegung der Baufenster eine größtmögliche im Plangebiet unterzubringende Anzahl an Standorten untersucht (siehe Anlage 1 der Begründung, "Ermittlung potentieller Baufenster"). Diese potentiellen Baufenster erstreckten sich auf die gesamte Konzentrationszone, also auch auf die Flächen der Einwendungsführerinnen. Erst in der anschließenden Bewertung der Standorte entfielen sechs der möglichen 15 Baufenster aufgrund der Nähe zu den Ortslagen Fronhoven und Aldenhoven zu Gunsten einer sowohl wirtschaftlich, lärmtechnisch und radarverträglich optimierten Planung.</p> <p>Eine Negativplanung liegt erkennbar nicht vor. Dass die festzusetzenden Anlagenstandorte nicht über die gesamte Konzentrationsfläche gleichmäßig verteilt sind, ist auf die Planungsabsicht der Stadt zurückzuführen, die Ortslage Fronhoven angemessen zu schützen. Hierbei handelt es sich für sich genommen um ein zulässiges positives Planungsziel. Unrichtig ist auch die Annahme der Einwendungsführerinnen, auf mehr als 50 % der Konzentrationsfläche würde eine Windkraftnutzung untersagt. Das festzusetzende Sondergebiet umfasst rd. 214 ha und entspricht damit zu 100 % der im Flächennutzungsplan dargestellten Konzentrationszone.</p> <p>Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts bestimmt sich die Frage, was städtebaulich erforderlich ist, nach der planerischen Konzeption der Gemeinde. Der Gesetzgeber ermächtigt die Gemeinden, diejenige Städtebaupolitik zu betreiben, die ihren städtebaulichen Entwicklungs- und Ordnungsvorstellungen entspricht. Nicht erforderlich i. S. d. § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB sind u. a. Pläne, die einer positiven städtebaulichen Planungskonzeption entbehren und ersichtlich der Förderung von Zielen dienen, für deren Verwirklichung die Planungsinstrumente des Baugesetzbuches nicht bestimmt sind. § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB ist ferner verletzt, wenn ein Bebauungsplan, der aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen auf Dauer oder unabsehbare Zeit der Vollzugsfähigkeit entbehrt, die Aufgabe der verbindlichen Bauleitplanung nicht zu erfüllen vermag. Durch diese Auslegung setzt § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB der Bauleitplanung eine erste, wenn auch strikt bindende Schranke, die lediglich grobe und einigermaßen offensichtliche Missgriffe ausschließt (s. BVerwG, Urteil vom 27.03.2013-4 C 13.11, BVerwGE 146, 137 Rn. 9).</p> <p>Ein solcher planerischer Missgriff ist vorliegend nicht erkennbar. Insbesondere handelt es sich bei dem Bebauungsplanentwurf auch nicht um eine parti-</p>	

Nr.	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>elle Verhinderungsplanung. Das Planungskonzept der Stadt Eschweiler, das der Feinsteuerung zugrunde liegt, dient dem Schutz des Ortsteils Fronhoven, der interkommunalen Abstimmung mit der Nachbargemeinde Aldenhoven an der Gemeindegrenze und der Konzentration auf wirtschaftliche Anlagenstandorte der zu errichtenden WEA - bei gleichzeitiger vorausschauender Konfliktbewältigung der in der Konzentrationszone zu berücksichtigenden Restriktionen (Radarverträglichkeit, Richtfunk, Verkehrswege, etc.). Insbesondere sollen die WEA an den festgelegten Standorten möglichst 24 Stunden und damit mit maximaler Wirtschaftlichkeit betrieben werden können. Dass ein solches Planungskonzept von vornherein fehlerhaft ist, ist nicht ersichtlich. Insbesondere hat die Stadt Eschweiler das Planungskonzept und diese Auswahlkriterien einheitlich im gesamten Plangebiet, das der Windkonzentrationszone entspricht, gleichmäßig angewendet.</p> <p>Diese Anwendung führt dazu, dass die Grundstücke der Einwenderin (Investor 2) als Anlagenstandorte nicht berücksichtigt werden konnten. Die Stadt Eschweiler hat die von der Einwenderin in der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und in Einzelgesprächen genannten Anlagenstandorte geprüft und ist zu dem nachvollziehbaren Ergebnis gekommen, dass diese anhand der von ihr gesetzten Auswahlkriterien weniger geeignet gegenüber den neun als Baufenster festgelegten Anlagenstandorten sind. Dass die neun festgesetzten Baufenster nicht auf dem Grundstück der Einwenderin liegen, ist keine gezielte Vorgabe, sondern Ergebnis der Anwendung der sachgerechten Auswahlkriterien. Auch einzelne durch den Investor 1 zivilrechtlich gesicherte Grundstücke wurden nicht als Anlagenstandorte vorgesehen. Eine Ungleichbehandlung ist nicht erkennbar.</p> <p>Eine unzulässige Verhinderungsplanung läge dann vor, wenn die Kriterien, die der Auswahl der Baufenster zugrunde lagen, nicht sachgerecht, sondern vorgeschoben sind, um die Planung der Einwenderin zu verhindern. Dies ist nicht der Fall. Soweit die Einwenderin die Änderung des Plankonzepts des FNP zur Windkonzentrationszone rügt, ist dies keine Frage der Erforderlichkeit des Bebauungsplans, sondern des Entwicklungsgebots.</p>	
1.4	<p>Verstoß gegen das Entwicklungsgebot Das Entwicklungsgebot ist verletzt, weil mehr als 50 % der Flächen, die im Flächennutzungsplan für die Windenergienutzung vorgesehen sind, einer Nutzung für die Windenergie entzogen werden. Durch den ausgelegten</p>	<p>Der Ausschluss von Teilen der Konzentrationszone für Windenergieanlagen ist das Ergebnis der Feinsteuerung im Rahmen der Bebauungsplanung. Die Sichtbeziehungen wurden im Rahmen der FNP-Änderung nicht ab-</p>	<p>Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.</p>

Nr.	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
	<p>Entwurf des Bebauungsplans wird ein wesentlicher Teil der Gesamtfläche der Windkonzentrationszone nicht dem Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Landwirtschaft und Anlagen, die der Nutzung von Windenergie dienen" zugeordnet, sondern als "Flächen für die Landwirtschaft" festgesetzt. Ferner wird eine erhebliche Teilfläche im Nordosten des Plangebiets zwar als Sondergebiet ausgewiesen. In diesem Bereich sind aber keine Baufenster für Windenergieanlagen vorgesehen, so dass es sich bei diesen Flächen faktisch sogar um ein Windausschlussgebiet handelt.</p> <p>Die ausgelegte Planung verstößt auch deshalb gegen das Entwicklungsgebot, weil sie Umstände erneut abwägt, die abschließend durch den Flächennutzungsplan geregelt wurden, nämlich die Sichtbeziehungen zu den Anlagen und den Immissionsschutz. Das stellt eine vom Entwicklungsgebot nicht mehr gedeckte Abweichung von dem Grundkonzept des Flächennutzungsplans dar. Wurden Belange auf Ebene des Flächennutzungsplans bereits abgewogen, können sie nach der Rechtsprechung nicht mehr als Rechtfertigung für eine Abweichung des Bebauungsplans von dem Flächennutzungsplan herangezogen werden. Eine erneute Überprüfung der Sichtbeziehungen und des Immissionsschutzes auf Ebene des Bebauungsplans ist daher im Rahmen einer Feinsteuerung ausgeschlossen.</p> <p>Die Stadt Eschweiler konkretisiert im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 288 nicht die Darstellungen der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes, sondern setzt ein völlig anderes - konträres - Konzept um. Gegen das Entwicklungsgebot wird verstoßen, wenn das Grundkonzept des Flächennutzungsplanes abgeändert wird.</p> <p>50 % der Flächen, die in der Windkonzentrationszone für die Windenergienutzung vorgesehen sind, werden einer Nutzung entzogen. Dies stellt nach der Rechtsprechung des OVG Münster einen Verstoß gegen das Entwicklungsgebot dar. Maßgeblich ist nicht das Sondergebiet, sondern die Baufenster, die weniger als 50 % der Gesamtfläche der Windkonzentrationszone entsprechen. Zudem sind die Merkmale Sichtbeziehungen und Immissionsschutz bereits abschließend auf FNP-Ebene abgewogen worden, sodass sie hier nicht noch einmal erneut berücksichtigt werden können. Der Bebauungsplanentwurf stellt eine grundlegende Änderung des Grundkonzepts des FNP dar und ist somit unzulässig.</p>	<p>schließlich abgewogen, es wurden lediglich pauschale Abstände von 600 m zu Grunde gelegt, die sich zur Vermeidung bedrängender Wirkung aus der dreifachen Höhe einer angenommenen typischen Anlage von 200 m Höhe ergaben.</p> <p>Diese grobe Sichtweise erfährt nun eine Feinsteuerung durch den Bebauungsplan, indem anhand der Örtlichkeiten festgelegte weitergehende Kriterien entwickelt wurden. Es kommen keine neuen Abstände ins Spiel, sondern die pauschal angesetzten Kriterien aus dem FNP (600 m) werden im Rahmen der Bebauungsplanung konkretisiert und weiterentwickelt.</p> <p>Gleiches gilt für den Lärmschutz. Der im FNP angenommene pauschale Schutzabstand von 600 m wird durch eine Berechnung, die die Vorbelastung insbesondere des Ortsteils Fronhoven durch den Tagebau im Sinne des Vorsorgegedankens berücksichtigt, im Bebauungsplan konkretisiert. Auch dies ist im Rahmen der Feinsteuerung möglich.</p> <p>Eine Verletzung des Entwicklungsgebots des § 8 Abs. 2 Satz 1 BauGB liegt nicht bei jeder Abweichung des Bebauungsplans von den Darstellungen des FNP vor. Der FNP lässt aufgrund seiner geringeren Detailschärfe (fehlende Parzellenschärfe) Gestaltungsspielräume zu, die von der gemeindlichen Bebauungsplanung ausgefüllt werden dürfen. Unter der Voraussetzung, dass die Grundzüge des FNP unangetastet bleiben, gestattet das Entwicklungsgebot des § 8 Abs. 2 Satz 1 BauGB auch Abweichungen. Stimmen Festsetzungen mit den Darstellungen des Flächennutzungsplans nicht vollständig überein, bedeutet das demnach nicht ohne weiteres einen Verstoß gegen das Entwicklungsgebot. Ob den Anforderungen des § 8 Abs. 2 Satz 1 BauGB genügt ist, hängt davon ab, ob die Konzeption, die ihm zugrunde liegt, in sich schlüssig bleibt (BVerwG, Beschluss vom 11.02.2004-4 BN 1.04, BauR 2004, 1265).</p> <p>Das OVG Münster (Urteil vom 12.02.2004-7a D 134/02.NE, BauR 2004, 972) hat speziell zur Planung von Windkonzentrationszonen den Spielraum der Gemeinde dann als überschritten angesehen, wenn der Bebauungsplan flächenmäßig nur ca. 50 % der Windkonzentrationszone für die Errichtung von WEA vorsieht. Ein solcher Fall liegt hier nicht vor. Die Windkonzentrationszone gem. der Darstellung im FNP hat eine Größe von ca. 214 ha, als Sondergebiet Wind wurden 100 % dieser Fläche im B-Plan dargestellt. Entgegen der Auffassung der Einwenderin ist für das Entwicklungsgebot nicht auf die Baufenster, sondern auf die Fläche des Sondergebietes abzustellen. Für das Entwicklungsgebot spielen die Festsetzungen zu den überbaubaren</p>	

Nr.	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>Grundstücksflächen (Baufenster) keine Rolle. Maßgeblich ist allein, ob die Darstellung als Windkonzentrationszone durch das festgesetzte Baugebiet im Bebauungsplan umgesetzt wird. Dies ist vorliegend der Fall.</p> <p>Richtig ist, dass es der Gemeinde verwehrt ist, die gleichen Kriterien, die sie bereits für die Darstellung der Windkonzentrationszone im Gemeindegebiet verwendet hat, auf der Ebene der Feinsteuerung im Bebauungsplan nochmals zu verwenden (s. VG Minden, Urteil vom 30.08.2011-11 K 450/11, juris). Dies ist vorliegend aber nicht der Fall. Die Sichtbeziehungen sind auf FNP-Ebene lediglich grob und ohne genauere Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten zugrunde gelegt worden. So sind etwa vorhandene Bäume oder Gehölzstrukturen, Gebäude, Straßen etc. nicht berücksichtigt worden. Im Bebauungsplan sind die Sichtbeziehungen aller Baufenster, inklusive der Baufenster der Einwenderin untereinander verglichen und bewertet worden, wobei im gesamten Plangebiet der Konzentrationszone kein Baufenster aufgrund der Sichtbeziehungen im Voraus ausgeschlossen wurde. Der Maßstab auf Bebauungsplanebene ist insoweit verfeinert worden, steht jedoch dem zur Darstellung der Konzentrationszone verwendeten Kriterium nicht entgegen.</p> <p>Entsprechendes gilt für den Immissionsschutz. Auf FNP-Ebene sind Lärmbelastungen für die Siedlungsgebiete nur grob im Sinne einer Machbarkeit ermittelt worden. Insbesondere sind nur die Vorbelastungen aus bestehenden Windenergieanlagen berücksichtigt worden. Darüber hinaus gehende Vorbelastungen wurden nicht berücksichtigt. Dies gilt auch und erst recht für die Vorbelastung des Ortsteils Fronhoven durch die Tagebautätigkeit. Eine Doppelberücksichtigung der gleichen Auswahlkriterien liegt demnach nicht vor.</p> <p>Gleiches gilt für die im FNP-Verfahren eingebrachte Anregung der Gemeinde Aldenhoven zur interkommunalen Abstimmung an der Gemeindegrenze. Diesem Vorschlag zur Abstimmung an der Gemeindegrenze mittels der Aufstellung eines Bebauungsplans zur Feinsteuerung der Baufenster ist die Gemeinde erst durch den Bebauungsplan 288 nachgekommen.</p>	
1.5	<p>Verstoß gegen das Abwägungsgebot - Immissionsschutz</p> <p>Im Rahmen der Planung sind die konkret geplanten Vorhaben der Einwenderinnen zugrunde zu legen. Die Nutzungsinteressen der Einwenderinnen sind Teil des notwendigen Abwägungsmaterials und da-</p>	<p>Anhand der Kriterien Immissionsschutz, Landschaftsbild und Radarverträglichkeit wurde eine Rangfolge der Baufenster gebildet (siehe Anlage 2.2 der Begründung, Tabelle 1 - Wichtung der Baufenster). Entsprechend dieser</p>	<p>Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.</p>

Nr.	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
	<p>her als solches im Rahmen der Planung zu berücksichtigen.</p> <p>Das der Bauleitplanung zugrunde gelegte Gutachten - Schallimmissions-schutzrechtliche Bewertung für den Bebauungsplan 288 Windpark "Nördlich Fronhoven" der Stadt Eschweiler - ist für eine abwägungsfehlerfreie Festsetzung von Baufenstern ungeeignet. Es enthält mehrere Unstimmigkeiten. Es ist insbesondere nicht ersichtlich, aus welchem Grund die jeweiligen Schallimmissionsanteile der einzelnen Windenergieanlagen an den fiktiven Anlagenstandorte k, l, m, n und o sowohl am Immissionsort IP 01 als auch am Immissionsort IP 07 die Grenzwerte überschreiten sollen (Seite 8 des Gutachtens). Die genannten Windenergieanlagen sind vom IP 01 weiter entfernt als andere Windenergieanlagen. Das ist nicht nachzuvollziehen.</p> <p>Bei der Festsetzung der Zulässigkeit mehrerer emittierender Anlagen in einem Plangebiet muss der Grundsatz der Verteilungsgerechtigkeit eingehalten werden. Nicht möglich ist es, potentielle Anlagen schon deshalb aus der Planung auszuschließen, weil Richtwerte an Immissionspunkten überschritten werden. Hier muss in der Abwägung berücksichtigt und geprüft werden, ob die Anlagen an diesen Standorten mit gedrosselter Leistung die Richtwerte wieder einhalten und realisiert werden können.</p> <p>Durch die Festsetzung der engen Baufenster legt die Stadt Eschweiler schon auf Ebene des Bebauungsplans die möglichen Standorte fest. Dem Vorhabenträger wird daher die Standortwahl nicht überlassen, sondern bauplanungsrechtlich vorgegeben. Das bedeutet aber auch, dass für jedes Baufenster schon eine konkrete Prüfung der Emissionen und an den Immissionspunkten zu erwartenden Immissionen erforderlich ist. Mit fiktiven Berechnungen ist es hier nicht getan.</p> <p>Wesentliches Element der planerischen Abwägung ist die Prüfung von Varianten. Diese Prüfung hat nicht hinreichend stattgefunden. Die Stadt müsste zur Wahrung des Abwägungsgebots verschiedene Lärmvarianten mit verschiedenen Kontingenten prüfen. Sie kann nicht nur eine einzelne Planung in Betracht ziehen. Die Belange des Immissionsschutzes sind nicht ordnungsgemäß abgewogen worden, da das Schallschutzgutachten vom 18.08.2015 fehlerhaft und unstimmtig ist. Maßgeblich für den Ausschluss ist nicht der ermittelte und auch dargestellte Immissionsbeitrag für Aldenhoven, sondern allein die Reihenfolge der Anlagen in der Tabelle, die von der Stadt willkürlich vorgegeben worden sind (möglichst nachrangige Behandlung der Standorte bei Fronhoven). Darin liegt ein Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz, da ohne sachlichen Grund Anlagenstandorte eines Projekt-</p>	<p>Rangfolge wurde der schalltechnischen Summenpegel gebildet und mit den dem Bebauungsplan zugrunde gelegten Immissionsschutzkriterien verglichen. Baufenster, mit denen der entsprechende Summenpegel die Kriterien überschreitet, wurden nicht festgesetzt.</p> <p>Die vier von der Einwendungsführerin genannten Standorte wurden in die Bewertungsmatrix Tabelle 1 - Wichtung der Baufenster (Index B) aufgenommen. Die alternativen vier Standorte der Einwendungsführerin belegen dabei in der Rangfolge die Plätze 13 – 16. Nach der schallimmissionsschutzrechtlichen Bewertung (Bericht-Nr. 3593-15-L4) für den Bebauungsplan 288 vom Büro IEL sind die ersten neun Anlagen dieser Reihenfolge unter den vorgegebenen Bedingungen umsetzbar.</p> <p>Im Index C der Bewertungsmatrix wurden alle bisherigen Baufenster, die mit den Standorten der Einwendungsführerinnen konkurrieren, entfernt. Nach einer zusätzlichen schallimmissionsschutzrechtlichen Bewertung (Berechnungen vom 02. und 03.11.2015) sind unter Berücksichtigung der Rangfolge des Index C ebenfalls neun Baufenster möglich.</p> <p>Da aber die Standorte der Einwendungsführerinnen verglichen mit der bisherigen Planung in der Bewertungsmatrix (s. Index B) schlechter bewertet sind, bleiben die festzusetzenden Baufenster unverändert. Die Planung der Einwendungsführerin wird somit nicht berücksichtigt.</p> <p>Da im Umfeld weitere Windenergieanlagen in Betrieb und Planung sind und zusätzlich weitere gewerbliche Schallquellen zu berücksichtigen sind, müssen unter Beachtung einer schalltechnischen Gesamtbelastung für die Windenergieanlagen, die sich innerhalb des Plangebietes befinden, Zielwerte definiert werden. Diese Zielwerte stellen einen "zulässigen Anteil" am Immissionsrichtwert dar.</p> <p>Für die Berechnungen wurde nicht ein bestimmter Anlagentyp, sondern eine durch eine marktübliche Anlage nach dem Stand der Technik anzunehmende Schalleistung und Nabenhöhe zu Grunde gelegt. Ziel dabei war es, möglichst wenige aber leistungsstarke Anlagen zu errichten, um den Eingriff in das Landschaftsbild so gering wie möglich zu halten und eine möglichst hohe Wirtschaftlichkeit zu erzielen.</p> <p>Das Aufsummieren der einzelnen Schallimmissionsanteile der einzelnen Windenergieanlagen erfolgte auf Grund einer vorgegebenen Rangfolge. Festzustellen war, ab welcher Windenergieanlage in Abhängigkeit der vorgegebenen Rangfolge die definierten Anforderungen an den Schallimmissionsschutz nicht mehr erfüllt werden. Bei dieser Betrachtung wurden die</p>	

Nr.	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
	<p>trägers gegenüber den Anlagenstandorten der Einwenderin bevorzugt wurden. Auch die ergänzende Schallimmissionsschutzberechnung vom 03.11.2015 ist fehlerhaft. Zudem ist die Vorbelastung durch die RWE Power AG seitens der Stadt nicht richtig ermittelt und bewertet worden. Die Umwelterklärungen der RWE Power AG sind nicht Teil der Planunterlagen und damit nicht verwertbar. Die Messung eines Dritten ersetzt keine eigene Beurteilung der Vorbelastung durch die Stadt.</p>	<p>Rechenregeln der Schallpegeladdition berücksichtigt. Potentielle Anlagen wurden nicht deshalb ausgeschlossen, weil sie Richtwerte überschreiten, sondern weil aus dem Vorsorgegedanken heraus niedrigere Werte als die Richtwerte der TA Lärm eingehalten werden sollen. Eine Drosselung der Anlagenleistung ist dabei nicht Ziel der Planung, sondern ein möglichst wirtschaftlicher Betrieb mit hoher Stromleistung. Auf Ebene des Bebauungsplans werden Art und Maß der Nutzung konkretisiert. Dies entspricht dem Ziel der Feinsteuerung. Die einzelnen festgesetzten Baufenster wurden einer konkreten Berechnung der Emissionen mit dem festgesetzten Schalleistungspegel unterzogen. Die gewählten Lärmkontingente sind nicht willkürlich gewählt, sondern entsprechen einer derzeit marktüblichen Anlage nach dem Stand der Technik. Ein Verstoß gegen das Abwägungsgebot aufgrund der Festlegung der Schalleistungspegel durch die Stadt ist nicht ersichtlich. Planungsziel der Stadt ist die Errichtung möglichst weniger aber leistungsstarker Anlagen und eine möglichst geringe Beschränkung der Grundstückseigentümer im Planvollzug bei der Wahl des Anlagentyps, damit die Anlagenerrichtung gesichert ist. Eine Alternativenprüfung mit verschiedenen Lärmkontingenten widerspricht den Planungszielen. Hinsichtlich der vermeintlichen Fehlerhaftigkeit der Schallimmissionsschutzrechtlichen Bewertung des Büros IEL vom 18.08.2015 (Anlage 4.3 zur Planbegründung) wird auf die Stellungnahme des Lärmgutachters IEL vom 01.02.2016 verwiesen. Die Kritik am Ausschluss einzelner Anlagenstandorte verkennt das Planungskonzept. Der Immissionsbeitrag der WEA an einem bestimmten Standort ist nicht das ausschließliche Auswahlkriterium, sondern lediglich gewichtet im Verhältnis zu zwei anderen Auswahlkriterien. Solange die Einwenderin nicht substantiiert die Fehlerhaftigkeit der Auswahlkriterien, deren fehlerhafte Gewichtung oder deren fehlerhafte Anwendung rügt - solche Fehler sind im Übrigen auch nicht erkennbar - , kann sie mit dieser Kritik am Ergebnis nicht gehört werden. Es entspricht der Logik des Planungskonzepts, dass der Ausschluss potentieller Anlagenstandorte anhand der Ergebnisse der Anwendung der drei Kriterien, die in der Tabelle wiedergegeben sind, und nicht anhand der Immissionsbeiträge erfolgt ist. Ungeachtet dessen zeigt die Stellungnahme des Lärmgutachters IEL vom 01.02.2016, dass bei einer Ermittlung nicht auf Basis einer vorgegebenen Rangfolge, sondern ausschließlich in Abhängigkeit des jeweiligen Schallimmissionsanteils für die Nachtzeit, bei unveränderten Berechnungsgrund-</p>	

Nr.	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>lagen, lediglich acht Baufenster realisiert werden könnten. Damit würden die Planungsziele der Stadt in geringerem Umfang realisiert werden können. Auf die Anlage 4.5 zum Bebauungsplan wird verwiesen.</p> <p>Fehler der ergänzenden Berechnungen der IEL vom 03.11.2015 (Anlage 4.3 zur Planbegründung) sind ebenfalls nicht dargetan. Dass Anlagenstandorte, die den IO Aldenhoven stärker verlärmern, gleichwohl festgesetzt worden sind, entspricht dem Planungskonzept und ist Folge einer kumulativen Betrachtung der maßgeblichen Immissionsorte Neu-Lohn (Pützlohner Straße 2) und Aldenhofen (Ostring 27).</p> <p>Hinsichtlich der Ermittlung der Vorbelastung des Ortsteils Fronhoven durch den Tagebau wird auf Kapitel 2.2.2 der Begründung verwiesen. Dass die Stadt Eschweiler einen Grund gehabt hätte, die Ergebnisse der Umweltmessungen der RWE Power AG anzuzweifeln und die Vorbelastung durch eigene Messungen zu ermitteln, ist fernliegend. Es entspricht ständiger Planungspraxis, dass für auf Immissionsorte einwirkende, bereits vorhandene Lärmimmissionen auf Immissionsprognosen aus den Genehmigungsverfahren oder auf Messungen der Immissionsschutzbehörden bzw. der Anlagenbetreiber (z.B. im Rahmen der Eigenüberwachung) zurückgegriffen werden kann, solange keine Anhaltspunkte gegen deren Verwertbarkeit (z.B. fehlende Aktualität) sprechen. Dies ist hier der Fall. In einer ergänzenden Stellungnahme vom 26.02.2016 stellt der Lärmgutachter IEL dar, dass die auf der Internetseite der RWE Power der Öffentlichkeit frei zugänglichen Umweltmessungen von Messingenieuren, in Abstimmung mit der Genehmigungs- bzw. Überwachungsbehörde des Tagebaus üblicherweise ein- bis zweimal jährlich durchgeführt werden. Die für den Laien in komprimierter Form dargestellten Ergebnisse stellen eine belastbare Aussage zur Schallimmissionsbelastung im Umfeld des Tagebaus dar.</p>	
1.6	<p>Verletzung der Verteilungsgerechtigkeit</p> <p>Weiter wird eine Verletzung des Grundsatzes der Verteilungsgerechtigkeit geltend gemacht. Potenzielle Anlagenstandorte können nicht allein deshalb aus der Planung ausgeschlossen werden, weil die Immissionsrichtwerte an den Immissionsorten überschritten werden. Hier muss von der Stadt abgewogen werden, ob und welche Anlagen an diesen Standorten mit gedrosselter Leistung die Richtwerte wieder einhalten und realisiert werden können.</p>	<p>Ein allgemeiner Planungsgrundsatz der Verteilungsgerechtigkeit existiert nicht. Maßgeblich ist allein das dem Bebauungsplan zugrunde liegende Planungskonzept, das sachgerecht sein und gleichmäßig angewandt werden muss. Kommt das Planungskonzept zum Ergebnis, dass bestimmte Grundstücke nicht als Anlagenstandorte zur Verfügung stehen, ist dies kein Verstoß gegen die Verteilungsgerechtigkeit. Die von der Einwenderin zitierte Rechtsprechung (OVG Lüneburg, Urteil vom 09.09.2014- IKN 215/12, juris;</p>	<p>Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt</p>

Nr.	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>Urteil vom 18.03.2010- 1 KN 94/06, juris) betraf eine Lärmkontingentierung des Plangebiets. Das Gericht hat es hier als notwendig angesehen, dass die Verteilung auf bestehende emittierende Nutzungen Rücksicht zu nehmen habe und diesen ein größeres Schallkontingent zugewilligt werden müsse, als es ihrer Lage für sich betrachtet entspräche. Ein solcher Fall liegt hier nicht vor, da alle Grundstücke im Plangebiet unbebaut sind. Auf vorhandene Nutzungen muss daher bei der Verteilung der Anlagenstandorte keine Rücksicht genommen werden.</p> <p>Eine nähere Prüfung der Stadt Eschweiler, ob nicht WEA an einzelnen Anlagenstandorten unter Drosselung des Betriebs zugelassen werden können, musste nicht erfolgen, weil dies bereits nicht den Planungszielen entsprach. Unter Annahme einer Drosselung wären 15 Anlagen möglich; Ziel der Stadt sind jedoch möglichst wenige Standorte mit möglichst hoher Wirtschaftlichkeit. Beschränkungen sind daher nicht erwünscht. Jedes Baufenster soll die gleichen Bedingungen hinsichtlich der möglichen Schalleistungspegel und eines möglichen 24-h-Betriebes aufweisen (s. S. 9 der Planbegründung).</p>	
1.7	<p>Verstoß gegen das Konfliktbewältigungsgebot</p> <p>Wesentliches Element der planerischen Abwägung ist die Prüfung von Varianten. Diese Prüfung hat nicht hinreichend stattgefunden. Die Stadt müsste zur Wahrung des Abwägungsgebotes verschiedenen Lärmvarianten mit verschiedenen Kontingenten unter Berücksichtigung auch der Interessen der Vorhabenträger prüfen.</p> <p>Durch die Festsetzung der Baufenster und der weiteren Festsetzungen darf die Lösung der Belange des Immissionssschutzes nicht dem Genehmigungsverfahren überlassen werden. Durch die Festsetzung der engen Baufenster legt die Stadt Eschweiler schon auf der Ebene des Bebauungsplans die möglichen Standorte fest. Dem Vorhabenträger wird die Standortwahl nicht überlassen. Das bedeutet aber auch, dass für jedes Baufenster eine konkrete Prüfung der Emissionen erforderlich ist.</p>	<p>Ein Verstoß gegen das Konfliktbewältigungsgebot liegt nicht vor. Die Stadt Eschweiler hat auf der Bebauungsplanebene alle Lärmimmissionen, die von den WEA in den festgesetzten Baufenstern ausgehen werden, ermittelt und abschließend abgewogen. Ein Verweis auf das nachfolgende Genehmigungsverfahren ist nicht erfolgt. Dass alle Baufenster immissionsrechtlich nach den Vorschriften der TA Lärm verwirklicht werden können, ist bereits auf FNP-Ebene auf der Grundlage der Vorermittlung zur immissionsrechtlichen Bewertung des Büros IEL vom 14.01.2015 bejaht worden. Dies wird zudem durch die Schallimmissionsschutzrechtliche Bewertung des Büros IEL vom 18.08.2015 nebst Ergänzung vom 03.11.2015 bestätigt. Die dortige Bewertung erfolgte auf dem gegenüber den Immissionsrichtwerten der TA Lärm weitergehenden planerischen Vorsorgeansatz der Stadt Eschweiler. Insoweit ist in der Rechtsprechung anerkannt, dass Gemeinden mittels der Bauleitplanung auch vorsorgenden Umweltschutz betreiben können (st. Rspr., s. BVerwG, Urteil vom 28.02.2002- 4 CN 5.01, NVwZ 2002, 1114 m.w.N.). Dies ist durch die Berücksichtigung der Vorbelastung durch den Tagebau hier erfolgt. Der Ansatz ist insoweit weitergehend, als gem. Nr. 1 lit. e) TA Lärm die Lärmimmissionen des Tagebaus nicht unter die TA Lärm fallen und damit nicht kumulativ zu betrachten sind. Damit ist hinreichend</p>	Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt

Nr.	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
		<p>sichergestellt, dass die festgesetzten Anlagenstandorte im Genehmigungsverfahren genehmigt und damit vollzogen werden können.</p> <p>Die Stadt Eschweiler hat die konkreten von der Einwenderin ins Verfahren eingebrachten Anlagenstandorte geprüft. Die Prüfung erfolgte anhand des Planungskonzepts der Stadt, d.h. den drei festgelegten Auswahlkriterien. Eine isolierte Prüfung, wie sich die vier Anlagenstandorte auf die beiden relevanten Immissionsorte auswirken, war nicht erforderlich, weil es sich hierbei nur um eines der drei Auswahlkriterien handelt. Die Stadt hat im Übrigen auch eine "Optimierung" der Anlagenstandorte der Einwenderin geprüft und ist auch dann zu dem Ergebnis gelangt, dass die optimierten Anlagenstandorte gleichwohl schlechter als die neun festgesetzten Anlagenstandorte waren. Dass die Stadt die Rangfolge der Anlagen bereits vor der Prüfung der Anlagenstandorte festgelegt habe, ist falsch und wird von der Einwenderin auch nur unsubstantiiert behauptet. Ein Abwägungsfehler ist insoweit nicht ersichtlich. Einer Alternativenprüfung hinsichtlich "gedrosselter" Anlagenstandorte bedurfte es grundsätzlich nicht, da dies nicht den Planungszielen entsprach. Gleichwohl hat die Stadt Eschweiler alternative Standorte und „gedrosselte“ Standorte geprüft. Auf die Anlage 4.5 zum Bebauungsplan und auf Kapitel 2.5 der Begründung wird verwiesen. Im Ergebnis bleibt es bei den festgesetzten neun Baufenstern.</p>	
1.8	<p>Verstoß gegen das Abwägungsgebot - Radarverträglichkeit</p> <p>Es ist nicht nachvollziehbar, aus welcher konkreten fachlichen Anforderung sich die Berechnung der Störzellen ergeben. Dies ist aber für eine nachvollziehbare Bewertung der Abwägungskriterien zwingend erforderlich. Zum anderen ergibt sich aus der Begründung des Entwurfs des Bebauungsplans Nr. 288, dass die berechneten angeordneten radarverträglichen und radar-unverträglichen Bereiche sich prinzipiell als Block über die Konzentrationszone verschieben lassen. Die Stadt Eschweiler hat die Anordnung jedoch so vorgenommen, dass ein Maximum der zur Verfügung stehenden Fläche als radarverträglich eingestuft werden konnte.</p> <p>Es ist nicht nur das Maximum der Flächen zu ermitteln, sondern es muss berücksichtigt werden, dass alle bodenrechtlich relevanten Nutzungsinteressen verwirklicht werden. Es müssen alle bestehenden Baurechte ermittelt werden und in die Abwägung eingestellt werden. Dabei kann es auch darauf ankommen, dass nicht nur alle Flächen eines Vorhabenträgers berücksich-</p>	<p>Die Berechnung der Störzellen bzw. Radarverträglichkeitszonen wurde mit der hierfür zuständigen Fachbehörde, dem Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr abgestimmt.</p> <p>Die Einflussbereiche von Windenergieanlagen auf Radarsysteme werden mit sogenannten Radarstörzellen dargestellt. Für das hier relevante Radarsystem ASR-910 der Nato Air Base Geilenkirchen wird eine Störzelle ausgehend vom Radarstandort in Geilenkirchen unter einem Öffnungswinkel von 3,1° und einer Tiefe von jeweils 300 m gebildet. Den Mittelpunkt einer jeden Störzelle bildet die Windenergieanlage. Die Größe der Störzelle ist unabhängig von Windenergieanagentyp.</p> <p>Bei einer radarverträglichen Planung dürfen mehrere Windenergieanlagen nur so angeordnet werden, dass die Gesamttiefe ihres Störzellenverbundes 630 m radial zum Radarstandort Geilenkirchen nicht überschreitet. Weitere radarverträgliche Anlagen können so angeordnet werden, dass zwischen</p>	Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.

Nr.	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
	<p>tigt werden, sondern eine gerechte Verteilung der Flächen unter allen Vorhabenträgern sichergestellt wird. Diesen Anforderungen entspricht die aktuelle Planung nicht, da die radarverträglichen Zonen so angeordnet sind, dass wohl nur Flächen einer einzelnen Vorhabenträgerin innerhalb der verträglichen Zone liegen. Gesicherte Flächen anderer Vorhabenträger, insbesondere die der Einwendungsführerin, wurden nicht berücksichtigt.</p> <p>Die Stadt Eschweiler berücksichtigt bei der Radarverträglichkeit ferner nicht die nach dem Stand der Technik bestehenden Möglichkeiten zur Verbesserung der Radarverträglichkeit von Windenergieanlagen. Auf dem Markt sind softwaregesteuerte Module zur bedarfsgerechten Freischaltung von Luft-räumen erhältlich. Durch derartige Module kann erreicht werden, dass von den betroffenen Windenergieanlagen keine Störungen für Flugsicherungsradaranlagen ausgehen. Eine Vereinbarkeit mit den Kriterien nach § 18a LuftVG wird damit ermöglicht.</p> <p>Die Frage der Auswirkungen der Radaranlagen kann im Bebauungsplan nicht geklärt werden, weil bestimmte Anlagentypen nicht festgesetzt werden. Dies gilt insbesondere für die Anlage WEA 4, die das Bundesamt für Infrastruktur, Umwelt und Dienstleistungen der Bundeswehr bereits abgelehnt hat.</p> <p>Die erfolgte Variantenprüfung ist fehlerhaft, da nur die potenziellen Baufenster der Einwenderin verschoben worden sind. Die anderen Baufenster sind in allen Varianten unverändert belassen worden, obwohl bei einer Verschiebung mehr Baufenster möglich gewesen wären.</p> <p>Die Stadt Eschweiler kann nicht "blind" von einem 24-h-Betrieb der Anlagen ausgehen. Wieso die radarverträglichen Module nicht kalkulierbare Risiken für den wirtschaftlichen Betrieb der Anlagen darstellten und den optimalen Stromertrag gefährden, ist nicht ersichtlich bzw. begründet. Die konkrete Planung der Einwenderin ist unberücksichtigt geblieben. Damit liegt ein Abwägungsfehler hinsichtlich der Eigentumsbelange der Einwenderin vor</p>	<p>den einzelnen Störzellenverbänden ein radialer (zum Radarstandort Geilenkirchen) Mindestabstand von 210 m eingehalten wird. Bei Einhaltung der hier beschriebenen Vorgehensweise kann zunächst von einer radarverträglichen Planung ausgegangen werden. Dennoch muss jede Windenergieanlagenplanung im Einflussbereich des Radarsystems Geilenkirchen von der Bundeswehr auf ihre Radarverträglichkeit hin überprüft werden.</p> <p>Dass die Anordnung der Bauflächen so vorgenommen wurde, dass ein Maximum der zur Verfügung stehenden Fläche als radarverträglich eingestuft werden konnte, spiegelt genau das Planungsziel wider. Auch bei Einbau des genannten Moduls ist das Planungsziel eines 24-h-Betriebs nicht gewährleistet. Abschaltungen von Anlagen bei Flugbewegungen sind dann nicht zu vermeiden. Dies birgt ein nicht kalkulierbares Risiko für einen wirtschaftlichen Betrieb der Anlage und gefährdet den optimalen Stromertrag. Das Konzept zur Findung der potentiellen Standorte sah deshalb vor, die Anlagen so innerhalb des Plangebietes zu verschieben, dass möglichst wenige Anlagen in den Radarzonen liegen (siehe Begründung zum Bebauungsplan Nr. 288, Kapitel 2.1). Diese so ermittelten konkreten Standorte waren Grundlage der weiteren Bewertung und der Berechnungen. Dabei hat die Stadt nicht von vornherein nur die von einem Vorhabenträger gesicherten Flächen berücksichtigt. Zudem stellte die Radarverträglichkeit im Planungskonzept der Stadt kein ausschließliches Kriterium dar, sondern floss nur in die Bewertung neben anderen Kriterien ein. Auch radarunverträgliche Anlagenstandorte können danach geeignete Standorte sein.</p> <p>Richtig ist, dass die Stadt im Bebauungsplan keinen bestimmten Anlagentyp festsetzen kann und auch festgesetzt hat. Gleichwohl hat sie im Rahmen ihres Planungsermessens eine bestimmte Referenzanlage ihrer Planung zugrunde gelegt, wie sie in der Planungspraxis heutzutage üblicherweise verwendet wird. Anhand dieses Anlagentypus ist die Radarverträglichkeit ermittelt worden. Für die Radarverträglichkeit sind die Anlagenhöhe, die Rotorbreite und der Anlagenstandort maßgeblich.</p> <p>Ein fachliches Regelwerk für die Radarverträglichkeit von WEA existiert nicht. Die Handhabung des Auswahlkriteriums ist mit dem Bundesamt für Infrastruktur, Umwelt und Dienstleistungen der Bundeswehr als Eigentümer der hier maßgeblichen Radaranlagen abgestimmt worden. Die daraus resultierenden radarverträglichen und radarunverträglichen Bereiche wurden durch eine Variantenbetrachtung derart verortet, dass ein Maximum der zur Verfügung stehenden Fläche als radarverträglich eingestuft werden kann.</p>	

Nr.	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag
		<p>Innerhalb eines radarverträglichen Bereichs sind gem. der Abstimmung mit dem Bundesamt für Infrastruktur, Umwelt und Dienstleistungen der Bundeswehr Windenergieanlagen ohne Betriebseinschränkungen genehmigungsfähig. In radarunverträglichen Bereichen sind ebenfalls Genehmigungen für Windenergieanlagen möglich, jedoch unterliegen diese dann Betriebseinschränkungen, die dem Planungsziel eines möglichst 24-h-Betriebs entgegen stehen.</p> <p>Das Bundesamt hat den Anlagenstandort WEA 4 nicht pauschal abgelehnt. Es hat in seiner Stellungnahme vielmehr darauf hingewiesen, dass grundsätzlich in den genannten Bereichen die Errichtung von Windenergieanlagen möglich ist. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass es auf Grund der Nähe zum militärisch genutzten Flughafen Geilenkirchen und zu Richtfunkstrecken zu Einschränkungen (zum Beispiel Höhenbegrenzungen) sowie zu Ablehnungen von Bauanträgen kommen kann.</p> <p>Der Planungsansatz, dass ein Maximum der zur Verfügung stehenden Fläche als radarverträglich eingestuft werden kann, ist sachgerecht. Die Sachgerechtigkeit der Überlegung ergibt sich aus § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 8 BauGB. Dass eine WEA möglichst an einem radarverträglichen Standort errichtet werden soll, um sie Volllast betreiben zu können, dürfte unmittelbar einleuchten. Der Grundsatz der Verteilungsgerechtigkeit steht dem nicht entgegen (s. Stellungnahme zu Nr. 1.5). Im Übrigen verkennt die Kritik, es werde nur ein Vorhabenträger begünstigt, dass nicht alle vom Investor 1 gesicherten Grundstücke mit Baufenstern überplant worden sind.</p> <p>Inwieweit es softwaregesteuerte Module gibt, ist eine technische Frage, kann aber auch dahinstehen, da der Einsatz solcher Module zu Betriebseinschränkungen führt, was wiederum dem Planungsziel eines möglichst 24-h-Betriebs der Anlagen zuwiderläuft. Dass dieses Planungsziel fehlerhaft wäre, zeigt die Einwenderin nicht auf. Die Stadt Eschweiler konnte bei ihrem Planungskonzept die Überlegung zugrunde legen, dass eine zeitweise abgeschaltete WEA weniger wirtschaftlich ist und weniger Energieertrag bringt. Dies bedarf keiner näheren Begründung.</p>	
1.9	<p>Abwägungsfehlerhafte Bestimmung der Baufenster Im Rahmen des Entwurfs des Bebauungsplans Nr. 288 sind die konkret geplanten Vorhaben der Einwendungsführerin zu berücksichtigen. Die Nutzungsinteressen der Einwendungsführerin sind Teil des notwendigen Abwä-</p>	<p>Die Stadt hat zur Festlegung der Baufenster eine größtmögliche im Plangebiet unterzubringende Anzahl an Standorten untersucht (siehe Anlage 1 der Begründung, "Ermittlung potentieller Baufenster"). Diese potentiellen Bau-</p>	<p>Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.</p>

Nr.	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
	<p>gungsmaterials und daher als solches im Rahmen der Planung zu berücksichtigen. Dies gilt auch im Hinblick auf die Festlegung von Baufenstern. Die Berücksichtigung der Abstände der Windenergieanlagen zu Fronhoven wie auch die reinen Abstände der Windenergieanlagen zu den Immissionsorten widersprechen den Festsetzungen des Flächennutzungsplans.</p> <p>Ferner verstößt die Berücksichtigung der Radarverträglichkeit in der vorliegenden Form gegen das Abwägungsgebot. Das gleiche gilt auch für die fehlende Berücksichtigung alternativer Lösungen für den Immissionsschutz.</p>	<p>fenster erstreckten sich auf die gesamte Konzentrationszone, also auch auf die Flächen der Einwendungsführerin. Erst in der anschließenden Bewertung der Standorte entfielen sechs der möglichen 15 Baufenster aufgrund der Nähe zu Ortslagen zu Gunsten einer sowohl wirtschaftlich als auch lärm-technisch optimierten Planung (siehe oben).</p> <p>Eine Überprüfung hat ergeben, dass die Standorte der Einwendungsführerin gegenüber den vorgesehenen Standorten nicht vorteilhafter zur Erreichung der Planungsziele sind (s. unter 1.5). Der Planentwurf wird daher nicht geändert.</p>	
1.10	<p>Abwägungsfehler Eigentum</p> <p>Nach der Rechtsprechung ist das Eigentum der Einwendungsführerin in herausragender Weise als Abwägungsbelang zu berücksichtigen. Zum Eigentum im Sinne von Art. 14 Abs.1 GG zählen nicht nur Eigentum im zivilrechtlichen Sinne, sondern auch durch Pachtverträge gesicherte Nutzungsrechte. Derzeit besteht ein Baurecht nach § 35 BauGB. Die Planung greift nachteilig in das Eigentum der Einwendungsführerin ein, weil sie die verfassungsrechtlich geschützte Nutzungsmöglichkeit, das bestehende Baurecht für Windenergieanlagen, zerstört.</p>	<p>Die Nutzung des Grundstücks der Einwendungsführerin wurde in die Abwägung eingestellt. Dabei verkennt die Stadt nicht, dass aufgrund der Ausweisungen im FNP Baurechte auf dem Grundstück bestehen und der Bebauungsplan diese Baurechte wieder aufhebt. Das Nutzungskonzept sah im Ausgangspunkt daher auch Standorte auf diesem Grundstück vor. Erst in der nachfolgenden Bewertung entfielen diese Standorte zu Gunsten von Standorten, die durch die Bewertungsmatrix eine höhere Priorität erhalten haben. Der Eingriff in Art. 14 Abs. 1 GG ist durch die Planungsziele, möglichst wenige aber leistungsstarke Anlagen in möglichst großer Entfernung zur Ortslage Fronhoven zu errichten, gerechtfertigt.</p>	Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.
1.11	<p>Verfahrensantrag</p> <p>Es wird beantragt, die Planung der Einwendungsführerin zu berücksichtigen und die Standorte in den Bebauungsplan aufzunehmen.</p>	<p>Aus den oben dargelegten Gründen werden die Standorte der Einwendungsführerin nicht berücksichtigt.</p>	Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.
1.12	<p>Unwirksamkeit des Bebauungsplanes</p> <p>Die Nr. 5 der textlichen Festsetzungen ist unwirksam, da es sich um eine bloße Kennzeichnung gem. § 9 Abs. 5 BauGB handelt. Die Festsetzungen zum Immissionsschutz sind zu unbestimmt und entbehren der Ermächtigungsgrundlage.</p>	<p>Der Einwand ist zutreffend. Nr. 4 der textlichen Festsetzungen beschreibt eine Kennzeichnung nach § 9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB und ist demnach ein Hinweis. Die Planzeichnung wird redaktionell angepasst. Die Kennzeichnung erfolgt nunmehr rein nachrichtlich.</p> <p>Die Festsetzungen zum Immissionsschutz sind bestimmt und eindeutig.</p>	Die Stellungnahme wird berücksichtigt.

Nr.	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
1.13	<p>Fehlerhaftigkeit des Umweltberichtes und des LBP</p> <p>Umweltbericht und Landschaftspflegerischer Begleitplan gehen von Festsetzungen und Vorgaben aus, die überhaupt nicht bestehen oder deren Bestehen offen ist. Das ist eine Verletzung des Abwägungsgebotes. Im LBP werden zahlreiche Vermeidungsmaßnahmen für erforderlich gehalten (z. B. VA 4 Untersuchung zu Hamstervorkommen). Festsetzungen oder andere hinreichende Sicherungen fehlen. Es werden planexterne Maßnahmen vorgesehen, bei denen Dienstbarkeiten eingetragen „werden“, also noch nicht „sind“. Ob zum maßgeblichen Zeitpunkt nach § 214 Abs. 4 BauGB die Sicherheiten bestehen, ist völlig offen.</p> <p>Die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind nicht ausreichend gesichert und der Bebauungsplan ist allein deshalb unwirksam. Ein städtebaulicher Vertrag zwischen dem Vorhabenträger und der Stadt Eschweiler reicht hierzu nach der Rechtsprechung nicht aus. Das Sicherungskonzept für die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die allesamt auf plangebietsexternen Flächen im Gebiet der Stadt Eschweiler und der Stadt Stolberg liegen, ist offenzulegen und den Vorgaben der Rechtsprechung anzupassen.</p> <p>Es ist offen, ob auch die Ersatzmaßnahmen (E 1 bis E 3) von der (freilich unzureichenden) Sicherung erfasst werden sollen. In Ziffer 6 wird zwischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen differenziert (S. 19 der Begründung). Ziffer 5.4 spricht aber nur von einer Sicherung der Ausgleichsmaßnahmen (S. 19 der Begründung).</p>	<p>Die gerügten Fehler des Umweltberichts und des LBP liegen nicht vor: Die im LBP vorgesehenen Vermeidungsmaßnahmen können nicht festgesetzt werden, da es insoweit an einer Ermächtigungsgrundlage in § 9 Abs. 1 BauGB fehlt. Dies wurde in den Hinweisen zum Bebauungsplan unter Nr. 1 berücksichtigt.</p> <p>Die planexternen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden im städtebaulichen Vertrag geregelt und entsprechend dinglich abgesichert. § 1a Abs. 3 Satz 4 BauGB sieht eine solche Möglichkeit ausdrücklich vor.</p> <p>„Zur Sicherung der Ausgleichsmaßnahmen für die Eingriffe in Natur und Landschaft sowie in das Landschaftsbild und zur Sicherung der erforderlichen Artenschutzmaßnahmen wird vor Satzungsbeschluss zwischen dem Vorhabenträger und der Stadt Eschweiler ein städtebaulicher Vertrag geschlossen.“ (Entwurf B-Plan Nr. 288, Begründung Teil A, Ziffer 5.4)</p> <p>Zu den Maßnahmen, deren Umsetzung auf diese Weise gesichert wird, gehören gerade auch die im Umweltbericht (UB) und im Landschaftspflegerischen Fachbeitrag (LFB) dargestellten Vermeidungs- und vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen zur Vermeidung des Eintretens der in § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BNatSchG formulierten Verbotstatbestände. Hierzu gehören auch die Ersatzmaßnahmen E1 bis E3. Insoweit umfasst der Begriff „Ausgleichsmaßnahmen“ entsprechend dem bauplanungsrechtlichen Sprachgebrauch (s. § 200a BauGB) auch Ersatzmaßnahmen.</p>	Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.
1.13.1	<p>Fehlerhaftigkeit der Umweltbelange</p> <p>Die Berücksichtigung der Umweltbelange in Ziffer 6 der Begründung des Bebauungsplanes ist abwägungsfehlerhaft. Der Eingriff in die Natur und das Landschaftsbild führen zu einem Verlust von 90.000 Werteinheiten (Worst-Case-Szenario). Die geplanten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen entsprechen einem Wert von 126.017 Werteinheiten. Es wird ohne Not auf Kosten der Vorhabenträger massiv um ein Drittel überkompensiert.</p>	<p>Nicht der Eingriff in das Landschaftsbild sondern in den Naturhaushalt führt zu einem Biotopwertverlust von 90.000 Werteinheiten. Der Eingriff in das Landschaftsbild wird in ha bewertet, der Eingriff in den Naturhaushalt in Biotopwertpunkten; ein direkter Vergleich ist daher nicht möglich.</p> <p>Für die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes wurde nach dem Verfahren Nohl (1993) ein Maßnahmenanspruch von 7,6 ha ermittelt. Diese Flächengröße ist in jedem Fall visuell aufzuwerten, unabhängig vom Kompensationsanspruch für den Naturhaushalt.</p> <p>Die Maßnahmen VA 1, E 1 und E 2 können vollumfänglich für das Landschaftsbild angerechnet werden. Da der Maßnahme E 3 eine geringere land-</p>	Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.

Nr.	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag																
		<p>schaftsästhetische Wirkung zukommt wird sie in Abstimmung mit der ULB StädteRegion Aachen mit einem Anteil von 5/6 der tatsächlichen Flächen-größe als Kompensation für die Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes anerkannt.</p> <p>Das Maßnahmenkonzept sieht auf einer Gesamtfläche von 8 ha (anrechen-bar für das Landschaftsbild rd. 7,6 ha) folgende Ausgleichs- und Ersatzmaß-nahmen vor:</p> <table data-bbox="1048 496 1872 632"> <tr> <td>VA 1</td> <td>artspezifische Optimierung einer Ackerfläche</td> <td>1</td> <td>ha</td> </tr> <tr> <td>E 1</td> <td>Anlage einer blütenreichen Ackerwildkrautbrache</td> <td>1</td> <td>ha</td> </tr> <tr> <td>E 2</td> <td>natürliche Entwicklung einer Grünlandfläche</td> <td>3,2</td> <td>ha</td> </tr> <tr> <td>E 3</td> <td>Förderung eines seltenen Wald-Biotopkomplexes</td> <td>2,4</td> <td>ha</td> </tr> </table> <p>Demnach werden $\sum$ 7,6 ha für die Beeinträchtigungen des Landschaftsbil-des bereitgestellt.</p>	VA 1	artspezifische Optimierung einer Ackerfläche	1	ha	E 1	Anlage einer blütenreichen Ackerwildkrautbrache	1	ha	E 2	natürliche Entwicklung einer Grünlandfläche	3,2	ha	E 3	Förderung eines seltenen Wald-Biotopkomplexes	2,4	ha	
VA 1	artspezifische Optimierung einer Ackerfläche	1	ha																
E 1	Anlage einer blütenreichen Ackerwildkrautbrache	1	ha																
E 2	natürliche Entwicklung einer Grünlandfläche	3,2	ha																
E 3	Förderung eines seltenen Wald-Biotopkomplexes	2,4	ha																
<p>1. 13.2</p>	<p>Unklarheiten zwischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen Das Verhältnis zwischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für die Eingriffe in Natur und Landschaft bleibt unklar. Ob die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, wie im Umweltbericht dargelegt, sowohl für die Kompensation von Eingriffen in die Natur als auch für das Landschaftsbild herangezogen werden können und ausreichen, bleibt unklar.</p>	<p>Die Rechtsprechung (z. B. OVG Münster, Urt. v. 30.06.1999, 7 A 144/97, Rn. 108) hat darauf hingewiesen, dass natur- und landschaftsbezogene Maß-nahmen häufig eine doppelte Ausgleichsfunktion haben. So können Maß-nahmen, die auf einen ökologischen Ausgleich von Störungen im funktiona-len Wirkungsgefüge des Naturhaushaltes abzielen, zugleich für das Land-schaftsbild optisch belebende und damit ausgleichende Bedeutung für Stö-rungen im Beziehungsgefüge des Landschaftsbildes haben. Voraussetzung für diese Doppelfunktion ist eine beeinträchtigungsbezogene multifunktionale Ausrichtung der Maßnahmen.</p> <p>Auf die Funktionserfüllung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wird im UB, Ziffer 2.1 „Artenschutz- und Kompensationskonzept“ sowie im LFB, Ziffer 5.1 „Kompensations- und Artenschutzkonzept“, Ziffer 6 „Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung und Ziffer 7 „Beurteilung des Eingriffs und Zusam-menfassung“ eingegangen. Ferner wird auf die im LFB in Ziffer 5.2 „Maß-nahmen zum Ausgleich der Beeinträchtigungen“ aufgeführten Zielsetzungen verwiesen. Sowohl dem UB (Begründung Teil A, Ziffer 6.2) als auch dem LFB (Ziffer 5.1) ist zu entnehmen, dass die Maßnahmen E 2 und E 3 die o. g. Doppelfunktion nur aufgrund ihres größeren Flächenansatzes erfüllen.</p>	<p>Die Stellung-nahme wird nicht berücksichtigt.</p>																

Nr.	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
1. 13.3	Fehlerhaftigkeit des Umweltberichtes Der Umweltbericht ist auch deswegen rechtsfehlerhaft, weil er lediglich die von den festgesetzten Baufeldern ausgehenden Auswirkungen auf die Umwelt untersucht. Dies ergibt sich insbesondere aus der Zusammenfassung der Ergebnisse auf den Seiten 72 und 73 der Begründung. Es ist abwägungsfehlerhaft, dass die Auswirkungen weiterer, im Plangebiet möglicher Standorte für WEA auf die Umwelt nicht untersucht wurden.	Weder auf den Seiten 72 und 73 noch an anderer Stelle des Umweltberichtes finden sich Angaben, die die o. g. Behauptung stützen würden. Der Umweltbericht (S. 41) berücksichtigt neben den WEA-Standorten (Baufenster) auch die (temporären) Baustraßen, Montageflächen und den Wegeausbau. Darüber hinausgehende flächenhafte Eingriffe sind nicht ersichtlich. Die Betrachtung alternativer Anlagenstandorte ist nicht notwendig.	Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.
1. 13.4	Alternativenprüfung mit falschen Bezugsraum Bei der Alternativenprüfung wurde der falsche Bezugsraum (Gemeindegebiet statt Bebauungsplangebiet) gewählt.	Der Alternativenprüfung (S. 67 f.) liegt kein falscher Bezugsraum zugrunde. Die Stadt stellt ausdrücklich auf den "räumlichen Geltungsbereich des Bauleitplans" ab. Der Hinweis auf das Stadtgebiet bezog sich nur im Hinblick auf die 2. FNP- Änderung. Hier wird lediglich auf die im Vorfeld der FNP-Änderung im gesamten Stadtgebiet durchgeführte Ermittlung geeigneter Flächen zur Errichtung von Windenergieanlagen Bezug genommen (Plankonzept der Stadt Eschweiler). Im UB, Ziffer 2.15 „Anderweitige Planungsmöglichkeiten“ heißt es unter der Überschrift „Standortalternativen“: „Hinsichtlich der Standortwahl wird auf die im Vorfeld der FNP-Änderung im gesamten Stadtgebiet durchgeführte Ermittlung geeigneter Flächen zur Errichtung von Windenergieanlagen verwiesen. Im Plankonzept der Stadt Eschweiler wurde neben drei weiteren Potenzialflächen der Bereich „Nördlich Fronhoven“ für die Darstellung als Konzentrationszone im FNP als „geeignet“, d. h im Vergleich zu anderen geprüften Standorten, als „relativ konfliktarm“ eingestuft.“ Bei der Aufstellung eines Bebauungsplans beziehen sich die in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten grundsätzlich auf das Bebauungsplangebiet. Es geht also um unterschiedliche Lösungsmöglichkeiten der städtebaulichen Aufgabe innerhalb des vorgegeben Gebietes. Genau darauf zielen die dem o. g. Zitat in Ziffer 2.15 folgenden Ausführungen zur „Feinsteuerung von Planungsdetails“ (u. a. Ermittlung von Baufenstern) und „Nutzung anderer technischer Verfahren“ ab.	Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.

Nr.	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvorschlag
<p>1. 13.5</p>	<p>Methodik Statt einer Darstellung der Methodik wird nur pauschal auf ECODA-Gutachten verwiesen oder auf Leitlinien – was ersichtlich nicht den Zweck der gesetzlichen Vorgaben erfüllt.</p>	<p>Das Baugesetzbuch verlangt in Nr. 3 a) der Anlage 1 (zu § 2 Abs. 4; §§ 2a und 4c) die Beschreibung der „wichtigsten Merkmale“ der verwendeten technischen Verfahren. Dies bedeutet, dass die verwendeten technischen Verfahren nicht im Detail dargestellt werden müssen. Um zu vermeiden, dass der Umweltbericht mit allzu ausführlichen Erläuterungen inhaltlich überfrachtet wird, sollten die Ausführungen zu diesem Punkt nicht mehr als die Benennung des jeweiligen Verfahrens enthalten (ggf. mit Angabe der Fundstelle und stichwortartiger Kennzeichnung zentraler Verfahrensansätze). Der Umweltbericht entspricht den Anforderungen der Anlage 1 zu § 2 Abs. 4 BauGB. Ziff. 2.2.1 und 2.2.2 des Umweltberichts enthalten methodische Ausführungen. Einer darüber hinausgehenden separaten Darlegung der Methodik bedarf es nicht. Gegen die Inbezugnahme von Fachgutachten, die im Einzelnen im Umweltbericht auch benannt sind (s. S. 73 - 74), bestehen keine Bedenken. Pauschale Hinweise auf ECODA-Gutachten sind nicht erfolgt.</p>	<p>Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.</p>
<p>1. 13.6</p>	<p>Verstoß gegen das Konfliktbewältigungsverbot Die allgemeinverständliche Zusammenfassung ist inhaltsleer (sinngemäß: „alles wird ausgeglichen“) und zeigt zudem noch einen evidenten Abwägungsfehler, in dem sie keine abschließende Bewertung des Immissions-schutzes vornimmt und damit Konflikte unzulässig in das nachfolgende Genehmigungsverfahren verlagert (Verstoß gegen das Konfliktbewältigungsgebot).</p>	<p>Die Einwendungen sind nicht begründet. Die auf vier Seiten dargelegte Zusammenfassung weist einen ausreichenden Detaillierungsgrad auf. „Um unnötige Wiederholungen zu vermeiden, wird eine solche allgemein verständliche Zusammenfassung sich auf die wesentlichen Ergebnisse des Umweltberichtes konzentrieren und diese in eine für fachlich nicht vorgebildete Personen nachvollziehbare Sprache übersetzen. Detaillierte Begründungen der Ergebnisse sind hier fehl am Platz. Hier geht es um die schlagwortartige Darstellung der Ergebnisse in Kernsätzen. Hinsichtlich der Begründung kann auf einzelne Teile des Umweltberichtes verwiesen werden.“ (Bunzel, A. 2005: S. 127). Dass „alles ausgleichbar“ ist, wird an keiner Stelle gesagt. Vielmehr heißt es in der Zusammenfassung des UB: „Der Umweltbericht enthält insbesondere Angaben über die geplanten Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verringerung und zum Ausgleich des Eingriffes in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild. Eine detaillierte Darstellung der Maßnahmen ist dem separaten landschaftspflegerischen Fachbeitrag zu entnehmen. Sowohl im UB (Ziffer 2.1.6 „Artenschutz- und Kompensationskonzept“) als auch im LFB (Ziffer 7</p>	<p>Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.</p>

Nr.	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
		<p>„Beurteilung des Eingriffes und Zusammenfassung“) wird darauf hingewiesen, dass die Beeinträchtigungen für das Landschaftsbild im Sinne der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung als nicht ausgleichbar einzustufen sind.</p> <p>Im Rahmen des konkreten Genehmigungsverfahrens ist unter Berücksichtigung des jeweiligen Anlagentyps sowie der konkreten Standorte (im Bereich der Baufelder) ein entsprechendes Schallschutz-Gutachten vom Betreiber vorzulegen. Vor diesem Hintergrund können sich bezüglich der Schalleistungen Änderungen ergeben, etwa wenn ein anderer Anlagentyp als die Referenzanlage verwendet werden soll. Somit kann eine abschließende Bewertung, insbesondere des Schallschutzes, erst im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren erfolgen.</p>	
<p>1. 13.7</p>	<p>Ergänzung zu den Einwendungen vom 22.12.2015 Entgegen der bisherigen Einwendungen im Verfahren nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) haben die Mandantinnen sich nunmehr entschieden, die Planung im Interesse einer einvernehmlichen Lösung zu verändern und sich auf drei Anlagen zu beschränken. Die aktuellen Standorte sind beigefügt. Um Berücksichtigung dieser geänderten Planung wird gebeten.</p>	<p>Analog zu Index C wurden auch die neuen drei Standorte als Index D in die Tabelle eingefügt und alle bisherigen potentiellen Baufenster, die in räumlicher Konkurrenz zur neuen Planung des Investors stehen, gestrichen. Da sich bei dieser Betrachtung die potentiellen Anlagenstandorte des Investors auf den Plätzen 11, 12 und 14 wiederfinden und gleichzeitig alle bisher festgesetzten Baufenster b – j erhalten bleiben, ergeben sich bei gleichbleibenden schalltechnischen Annahmen keine Änderungen an den festzusetzenden Baufenstern (Rangfolge 1-9).</p>	<p>Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.</p>
<p>2</p>	<p>REA GmbH Management vom 08.10.2015</p>		
<p>2.1</p>	<p>Vorbemerkung Die REA GmbH hat sich als lokaler Projektierer für Windenergieanlagen Grundstücke innerhalb der Konzentrationszone nördlich von Fronhoven gesichert und beabsichtigt drei bis vier Windenergieanlagen zu errichten. Die REA ist dafür bekannt, dass ihre Projekte den Bürgern vor Ort zu Gute kommen und kann auf langjährige Erfahrungen mit vergleichbaren Projekten zurückblicken. Erfolgreiche Beispiele für gelungene Genossenschaften und Beteiligungsgesellschaften finden sich auch in unmittelbarer Nähe von Eschweiler (z.B. Windparks Düren-Echtz und Würselen).</p>		<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen</p>

Nr.	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
2.2	<p>Berücksichtigung der Planungen der REA Aus den Sitzungsunterlagen des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses vom 10.09.2015 geht hervor, dass die Planungen der REA GmbH dem Ausschuss mitgeteilt wurden. Sie fanden allerdings keinen Niederschlag im derzeit ausgelegten Entwurf des Bebauungsplans 288. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Grundstückseigentümer, die einen Nutzungsvertrag mit der REA GmbH geschlossen haben, im Entwurf des Bebauungsplans nicht berücksichtigt wurden.</p>	<p>Zum Zeitpunkt der Mitteilung der REA-Planungen an den Ausschuss waren die Vorlagen bereits gedruckt. Die geplanten Standorte der REA wurden im weiteren Verfahren einer Prüfung unterzogen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt.</p>
2.3	<p>Entzug von Baurechten Aufgrund der Außenbereichslage und der Privilegierung der Windenergieanlagen besteht bereits Baurecht nach § 35 BauGB, so dass die jetzige Planung der Stadt Eschweiler in Art. 14 Absatz 1 Grundgesetz eingreift, wenn in den von uns gesicherten Grundstücken nur Landwirtschaftsflächen festgesetzt werden. Die derzeitige Planung würde also bestehendes Baurecht nehmen und den Grundstückseigentümer in seinen Rechten beschränken.</p>	<p>Es ist richtig, dass ohne Bebauungsplan Windenergieanlagen im Außenbereich nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB als privilegiertes Vorhaben zulässig wären. § 35 Absatz 3 Satz 3 BauGB ermächtigt die Gemeinden, Konzentrationszonen für Windenergieanlagen im Flächennutzungsplan auszuweisen, mit dem Ergebnis, dass Windenergieanlagen außerhalb der Konzentrationszonen dann nicht mehr privilegiert zulässig wären. Auch innerhalb der ausgewiesenen Konzentrationszone kann die Gemeinde im Wege der Feinsteuerung die konkreten Anlagenstandorte bestimmen. Der vorliegende Bebauungsplan nimmt eine Feinsteuerung dahingehend vor, dass er die Anlagenstandorte in Form von engen Baufenstern festlegt und Festsetzungen zu Höhen- und Lärmbeschränkungen trifft. Diese Konkretisierung mit Hilfe eines Bebauungsplanes ist zulässig, auch wenn sie bestehende Baurechte - auch der Einwendungsführerin - beschränkt. Die Gemeinde gewichtet in diesem Fall die öffentlichen Belange des Immissionsschutzes und Landschaftsbildes wie auch die Wirtschaftlichkeit des Windparks höher als die privaten Belange einzelner Eigentümer, deren Baurechte eingeschränkt werden.</p>	<p>Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.</p>
2.4	<p>Höherer Energieeintrag Der von der Stadt Eschweiler aufgestellte Entwurf des Bebauungsplans 288 berücksichtigt nicht die durch die REA gesicherten Grundstücke, sondern weist lediglich 9 Windenergieanlagenstandorte angrenzend an den Bereich aus. Dadurch werden die Konzentrationszonen energetisch nicht optimal ausgenutzt. Windenergieanlagen nach dem neuesten Stand der Technik</p>	<p>Siehe Stellungnahmen der Verwaltung zu 1.3 und 1.4.</p>	<p>Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.</p>

Nr.	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
	<p>weisen verbesserte schall- und ertragsoptimierte Fahrweisen auf, so dass diese auch bei starker Schallreduzierung wirtschaftlich betrieben werden können. Weder aus dem Entwurf des Bebauungsplans noch aus dem Schallgutachten geht hervor, ob Windenergieanlagen nach dem neuesten Stand der Technik geplant sind. Unter Einbeziehung der von der REA GmbH gesicherten Grundstücke innerhalb der Konzentrationszone nördlich Fronhoven können mindestens 10 Windenergieanlagen nach dem neuesten Stand der Technik unter Einhaltung der Schallgrenzwerte wirtschaftlich betrieben werden.</p>		
<p>2.5</p>	<p>Mindestabstand von 1.000 m Bei der Planung der REA wird freiwillig ein Mindestabstand von 1.000 m zur Ortschaft Fronhoven berücksichtigt, bei dem die Windenergieanlagen keine bedrängende Wirkung mehr aufweisen. Das heißt, dass die WEA im Vergleich zu den Grenzen des von der Stadt Eschweiler erarbeiteten Flächennutzungsplanes zusätzliche 400 m von Fronhoven entfernt bleiben. Auf den von der REA GmbH gesicherten Grundstücken sind grundsätzlich fünf Standorte für Windenergieanlagen möglich. Unter Berücksichtigung der Einwendungen der Bürger in der Ortschaft Fronhoven ist die REA bereit die Anlagenstandorte von fünf auf drei zu reduzieren und mit der Planung mindestens einen Abstand von 1.000 m zu den Wohngebieten Fronhoven einzuhalten. Der Abstand von den Wohngebieten zum Geltungsbereich des Bebauungsplanentwurfes ist nicht einheitlich. In Richtung Fronhoven wird ein Abstand von ca. 1.500 m zum Geltungsbereich des Bebauungsplanentwurfes vorgegeben, während dieser zur Nachbarortschaft ca. 1.000 m beträgt. Sowohl die unterschiedlich gewählten Abstände von ca. 1.000 und 1.500 m als auch das Vorgehen widersprechen dem Flächennutzungsplan.</p>	<p>Siehe Stellungnahmen der Verwaltung zu 1.</p>	<p>Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.</p>
<p>2.6</p>	<p>Einhaltung der Schallgrenzwerte Mit einer optimalen energetischen Ausnutzung der Konzentrationszonen nördlich Fronhoven mit 10 Windenergieanlagen nach dem neuesten Stand der Technik und einem Mindestabstand von 1.000 m werden alle geforder-</p>	<p>Siehe Stellungnahmen der Verwaltung zu 1.</p>	<p>Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.</p>

Nr.	Inhalt der Stellungnahme	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussvor-schlag
	<p>ten Immissionswerte in Eschweiler und Aldenhoven, auch an den sensiblen Immissionsstandorten Ostring 27, Aldenhoven und Pützlohner St. 2, Fronhoven, eingehalten. Schalluntersuchungen haben gezeigt, dass die Schallimmissionen der drei von der REA geplanten Standorte an allen umliegenden Ortschaften so gering sind, dass sie laut TA-Lärm als "nicht relevant" einzustufen sind.</p>		
<p>2.7</p>	<p>Bürgerbeteiligung Die Erfahrungen zeigen, dass sowohl durch die direkte als auch die indirekte Bürgerbeteiligung Befürworter vor Ort für die Windenergie gewonnen werden können. Die direkte Beteiligung der Bürger an Windparks wird bislang von keinem Projektierer in Eschweiler angeboten. Die REA wird in Eschweiler eine Bürgerenergiegenossenschaft gründen, an der sich die Bürger bereits mit einem Betrag von 500 Euro an den Windenergieanlagen beteiligen können. Außerdem werden auch direkte Kommanditbeteiligungen möglich sein, damit die lokale Wertschöpfung in Eschweiler verbleibt. Die Windenergieplanung der REA GmbH bietet sowohl für die Stadt als auch für die Bürger einen Mehrwert gegenüber dem derzeitigen Bebauungsplanentwurf 288. Deshalb sollte die Planung der REA gleichermaßen wie die Planung des Mitbewerbers berücksichtigt werden. Die REA GmbH ist bereit, den städtebaulichen Vertrag mitzutragen und die Kosten für das Planverfahren anteilig zu übernehmen.</p>	<p>Die Ausführungen zu einer Bürgerbeteiligung an den errichteten Windkraftanlagen betreffen den Planvollzug und damit nicht die Rechtmäßigkeit des Planungskonzepts der Stadt. Für die Stadt ist es bei der Festlegung der konkreten Anlagenstandorte nicht maßgeblich, inwieweit Bürger wirtschaftlich an den Anlagen beteiligt werden und somit ggf. eine breite Akzeptanz für die Planung geschaffen wird. Die notwendige Akzeptanz wird aus Sicht der Stadt in erster Linie durch das Planungsziel geschaffen, eine möglichst große Distanz zur Ortslage Fronhoven einzuhalten, um für die dort wohnenden Bürger die Auswirkungen der Windkraftanlagen aufgrund der Vorbelastungen der Ortslage so gering wie möglich zu halten.</p>	<p>Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.</p>